



Beschlussvorlage

Organisationseinheit	Datum	Drucksachen-Nr.
Amt für Nahverkehr und Schülerbeförderung	06.05.2022	2022/162

⇅ Beratungsfolge	⇅ Sitzungsart	⇅ Sitzungstermin/e
Technischer und Umweltausschuss	öffentlich	20.06.2022
Sozialausschuss	öffentlich	04.07.2022

Tagesordnungspunkt 5

**Entwicklung eines Modells für ein kreisweites Sozialticket;
Antrag der Fraktion DIE LINKE**

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt, ein oder mehrere mögliche Modelle für ein kreisweites Sozialticket zu entwickeln und zur Beschlussfassung vorzulegen.

Historie und Sachverhalt

Mit der Einführung eines Sozialtickets hat sich der Kreistag wiederholt beschäftigt. Erstmals 2010 (2010/184), anschließend aufgrund eines Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN (Vorlage 2015/146/1 und 2015/282). Ein Beschluss dazu wurde weder 2010, noch 2015 gefasst. Mit Schreiben vom 6. April 2022 stellt die Fraktion DIE LINKE den Antrag, ein oder mehrere Modelle für ein kreisweites Sozialticket zu entwickeln, mit dem Zweck, die Lücke zwischen bedarfsunabhängigem Anspruch und besonderem Unterstützungsbedarf zu schließen.

2010 wurde schwerpunktmäßig die Einführung eines Sozialpasses, der den ÖPNV einschließen sollte, diskutiert. Zur Klarstellung sei erwähnt, dass ein Sozialpass in erster Linie eine Aufgabe der Städte und Gemeinden ist. Der VHB hatte damals Tarife nach sozialen Kriterien nicht abgelehnt aber einen Einnahmenausgleich gefordert. Die damaligen Modellrechnungen ergaben einen Ausgleichsbetrag von rund 7 Mio. EUR pro Jahr.

Im Zuge der Flüchtlingswelle 2015 wurde das Thema erneut beraten. Eine neue Modellrechnung ergab einen Ausgleichsbetrag von rund 9 Mio. EUR. Eingeführt wurde das Ticket nicht, weil man unter dem Strich die Leistungsempfänger nicht ungleich behandeln wollte. Die Asylbewerber wären bevorzugt worden.

Der neue Antrag zielt auf eine umfassende Einführung von Sozialtickets im Landkreis Konstanz. Da es zwangsläufig Einnahmeverluste bei den Verkehrsunternehmen geben wird, weil es sich hierbei um eine Höchsttarifregelung als gemeinwirtschaftliche Verpflichtung handelt, müssen die Verluste ausgeglichen werden. Die Berechnung ist sehr aufwändig und kann derzeit vom VHB nicht zeitnah geleistet werden.

Das Thema soll zudem in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses im Rahmen der Sozialstrategie behandelt werden.

Anlagen

Antrag der Fraktion Die LINKE vom 8. April 2022

Art der Aufgabe

- Staatliche Aufgabe
 Selbstverwaltungsaufgabe ↓
 Pflichtaufgabe
 Freiwillige Aufgabe

Auswirkungen auf beschlossene Ziele und Kennzahlen

- keine Auswirkungen
 Auswirkungen auf Ziel/Kennzahl:
 Nr.: ... Bezeichnung: ...

Finanzielle Auswirkungen

Aufwendungen bzw. Auszahlungen	Betrag	HH-Jahr/e
--------------------------------	--------	-----------

<input type="checkbox"/> einmalig <input type="checkbox"/> laufend <input type="checkbox"/> mehrjährig	... EUR	...
--	---------	-----

Zuschüsse oder (Gegen-)Finanzierung	Betrag	HH-Jahr/e
-------------------------------------	--------	-----------

<input type="checkbox"/> einmalig <input type="checkbox"/> laufend <input type="checkbox"/> mehrjährig	... EUR	...
--	---------	-----

Nettoauswirkungen	... EUR	...
-------------------	---------	-----

Mittel sind im Haushalt/Entwurf (HHJahr/e ...) veranschlagt

...